



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Landesleitung Pensionisten Steiermark

Karl-Morre-Straße 32, 8020 Graz; Tel.: 0316/7071-287; FAX: -/7071-315
Internet: www.stmk.penspower.at; E-Mail: steiermark@penspower.at

Rundschreiben 01 - März 2017

GÖD verzeichnete wieder Mitgliederzuwachs

3.366 Gewerkschaftsmitglieder mehr und neuerlicher "Höchststand" =

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) verzeichnet wieder einen Zuwachs an Mitgliedern. 3.366 Arbeitnehmer mehr waren es mit 1. Jänner, insgesamt hat die Gewerkschaft 243.506 Mitglieder. Dies ist der stärkste Anstieg seit eineinhalb Jahrzehnten und ein "Höchststand", hieß es in einer Aussendung des GÖD am Montag.

"Der hohe Zuspruch zeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen mit unserer Arbeit zufrieden sind", stellte GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl (FCG) fest und weiter: "Der öffentliche Dienst sorgt für ein funktionierendes Staatswesen und steht für Rechtsstaatlichkeit."

Die GÖD ist die einzige Teilgewerkschaft innerhalb des ÖGB mit kontinuierlichem Mitgliederzuwachs.

Entnommen der APA-Meldung vom 13.3.2017

50 Jahre Personalvertretungsgesetz –Festsitzung im Parlament am 9.3.20 17

Vor genau 50 Jahren (10.März 1967) trat das Bundes-Personalgesetz in Kraft. Zur Feier luden Nationalratspräsidentin **Doris Bures** und GÖD-Vorsitzender **Dr. Norbert Schnedl** in den Sitzungssaal des Nationalrates ein. Als Moderator fungierte Fritz Neugebauer, Zweiter Präsident des Nationalrates a.D. Er vertrat die Ansicht, dass das System der Mitbestimmung der Personalvertretungsorgane in idealer Weise das System der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung durch die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ergänzt.

Nationalratspräsidentin Doris Bures hob die hohe Zufriedenheit der Österreicher/innen mit den öffentlichen Dienstleistungen hervor. Die EU-Kommission zählt die Öffentliche Verwaltung Österreichs zu den besten Europas. Maßgeblich dafür sei ein Öffentlicher Dienst, der in gesetzeskonformer Weise qualitativ hochwertige Serviceleistung anbieten kann, selbstverständlich in sparsamer und effizienter Weise. Das setzt aber eine gute Partnerschaft zwischen der Republik als Dienstgeber und den Öffentlich Bediensteten voraus. Bures zollt den Personalvertretern höchsten Respekt für ihren Einsatz und ihrem Verantwortungsbewusstsein.

Der nächste Festredner war **Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner**. Er erinnerte an die Konzeption des Verfassungsrechtlers Hans Kelsen, wonach eine strikt an die Gesetze gebundene hierarchisch aufgebaute Verwaltung nicht im Gegensatz zur Demokratie stehe, sondern diese unter bestimmten Voraussetzungen erst zur Vollendung bringe. Die besondere Identifikation der Dienstnehmer/innen mit dem Dienstgeber Republik bezeichnete man einst mit dem Wort

„Treue“. Die strenge Auffassung der Amtspflichten, hohe Professionalität und eine entsprechende Anerkennung seien nicht zuletzt ein wichtiger Schutz gegen die Korrumpierung des Apparats der staatlichen Verwaltung, meinte Jabloner.

Als nächste trat die Staatssekretärin **Mag. Muna Duzda** ans Rednerpult. Das Personalvertretungsgesetz ist für sie ein Ausdruck für Demokratie. Bei den großen Organisationsreformen der letzten Jahre haben die GÖD und die Personalvertretungen stets eine wichtige Rolle gespielt, wenn es darum ging tragfähige Lösungen für die Öffentlich Bediensteten zu finden. Mag. Duzdar verwies in diesem Zusammenhang auf ihren Vorschlag, von den 20.000 Arbeitsplätzen, die durch die Beschäftigungsinitiative der Bundesregierung für ältere Langzeitarbeitslose geschaffen werden sollen, 1.000 als zusätzliche Planstellen in der Verwaltung zu schaffen. Der Öffentliche Dienst biete nicht nur eine angemessene, transparente Entlohnung, er betreibe auch konsequente Frauenförderung, was sich in einem hohen Anteil von Frauen in Führungsposition widerspiegle, erläuterte Frau Mag. Duzda.

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser unterstrich in seiner Rede, dass ein Gesetz, das seit 50 Jahren bestand hat, ein gutes Markenzeichen sei. Herrschte am Beginn noch Misstrauen nach dem Motto „Ja, derfen`s denn des“ vor, seien Mitbestimmung und eine selbstbewusste Vertretung der Öffentlich Bediensteten heute eine Selbstverständlichkeit.

Herr **Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen** bekennt sich in seiner Ansprache zur Sozialpartnerschaft, zur gewerkschaftlichen Mitbestimmung und zum Dialog. Der Aufstieg der Zweiten Republik sei untrennbar mit der Sozialpartnerschaft verbunden, ging es doch darum, Konflikte auf dem Verhandlungstisch auszutragen und das Miteinander über das Gegeneinander zu stellen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst **Dr. Norbert Schnedl** nahm seine Dankesworte zum Anlass für einen Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft und verwies dabei auf die Veränderungen der Arbeitswelt im öffentlichen Dienst als Folge der fortschreitenden Digitalisierung. Durch die zunehmende Trennung der Arbeitsleistung von der Person, werde die soziale Dimension der Arbeit zurückgedrängt, warnte er und betonte, gerade unter diesem Aspekt sei Mitbestimmung wichtiger denn je.



Vors. Stell. Vertreter Georg Hammerl, 2.Vors.Stell.Vertreter Werner Lang im Hintergrund Dr. Willi Gloss
Text und Bild: Uschi Eitljörg **Zusammenstellung: Klaus Gabriele**